



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

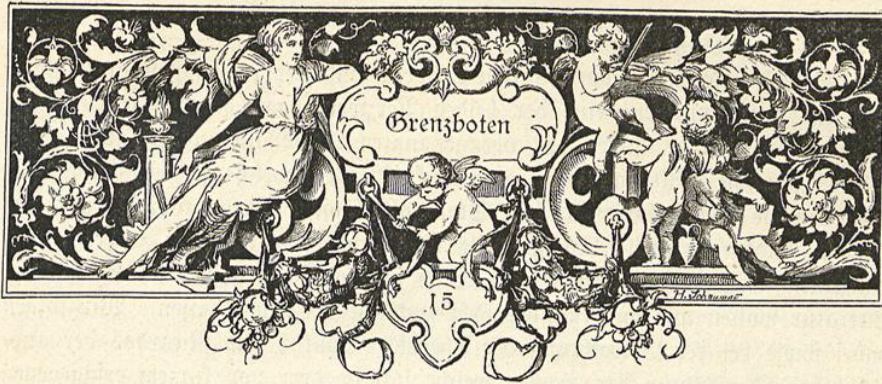
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Väter des Manchestertums : 1. Die älteren Individualisten.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Väter des Manchestertums.

1. Die älteren Individualisten.



as man sich gewöhnt hat, seit einigen Jahren als Manchestertum zu bezeichnen, ist die Verwendung der Lehren Adam Smiths und David Ricardos zur Agitation für bestimmte Zwecke des beweglichen Besitzes. Gewisse Einseitigkeiten in den Theorien jener englischen Nationalökonomien erscheinen bei diesem Verfahren als Karikatur, indem die Unterordnung aller idealen Lebenszwecke und des ganzen Staates unter die wirtschaftlichen Interessen des Besitzes zum ausschließlichen Prinzip erhoben wird. Das Manchestertum ist ferner nur eine der beiden Richtungen der radikalen Bewegung in der neueren Geschichte Englands, einer Bewegung, die den alten aristokratischen Staatsbau dieses Landes zu zerstören und an seine Stelle einen demokratischen zu setzen strebte, welcher dem angeblich einzigen vernünftigen Zwecke des Staates, dem materiellen Wohle des einzelnen Menschen dienen sollte. Die andre Richtung war der Chartismus. Die Spaltung des englischen Radikalismus in diese beiden Strömungen erfolgte nach der Parlamentsreform von 1832, indem die Mittelklassen von da ab rein negative Zwecke, wie Beseitigung der Schutzzölle, die untern Klassen positive, wie das allgemeine Wahlrecht, erstrebten. Der Mittelstand war von dem mit der Parlamentsreform Erreichten befriedigt und gedachte den neuen Zustand für seine Wünsche auf wirtschaftlichem Gebiete auszunutzen, die Arbeiterklasse dagegen sah sich durch jene Reform enttäuscht, sie agitierte politisch weiter, wobei sie mehr instinktiv als bewußt von einem ganz umgestalteten Parlamente Änderungen auch der sozialen Verhältnisse erwartete. Erst Robert Owen leitete die Bestrebungen des Proletariats vom politischen Gebiete ab und auf rein sozialen Boden hinüber.

Grenzboten II. 1882.

Soweit also das Manchesterium Cobdens und seiner Genossen in England und auf dem Kontinent eine der beiden Verzweigungen des englischen Radikalismus ist, hat es außer den obengenannten Nationalökonomien auch andre Väter, zunächst Bentham, dann ältere Schriftsteller, welche sich das Volk als eine Summe von Individuen, den Staat als bloßen Diener individueller Interessen dachten und teils bewußt, teils unbewußt die materiellen Interessen der Einzelnen in geradezu erschreckender Weise in den Vordergrund stellten. Diese Literatur wollen wir im Nachstehenden zunächst ins Auge fassen. Wir folgen dabei sowie bei der Betrachtung der Theorien Smiths und Ricardos der ausführlichen Darstellung der Sache, welche sich in dem vor kurzem erschienenen Werke: „Zwei Bücher zur sozialen Geschichte Englands“ von Adolf Held (775 Seiten) findet. Aus dem Nachlasse Helds von G. Fr. Knapp herausgegeben (Leipzig, Duncker und Humblot, 1881), bietet dies Buch in seiner ersten Hälfte die gründlichste und klarste Übersicht über jene von 1776 bis 1832 reichende soziale und politische Literatur, während die zweite, die wir hier unberücksichtigt lassen, in gleich gediegener und anschaulicher Weise die Entwicklung der englischen Großindustrie, den Verfall der alten Handwerksordnung, das Merkantilsystem und dessen Entartung, den Sieg des großen Kapitals, die neu-entstandene Fabrikindustrie mit der Reihenfolge der Erfindungen ihres Bereichs und die daraus sich ergebende Lage der Fabrikarbeiter schildert.

Seit Entsetzung der Stuarts war England ein aristokratisch regiertes Land. Die regierende Gentry, der Stand der Großgrundbesitzer, erwarb sich vielfache Verdienste um den Staat, mißbrauchte aber ihre Macht, um ihren Besitz zu befestigen und auszudehnen, ließ die übermäßig dezentralisierte Verwaltung, namentlich auf dem Gebiete des Armen- und Gewerbewesens, verknöchern und verkommen, dachte nicht daran, die Mittelklassen politisch zu erziehen, und herrschte um so unbedingter gegenüber dem erwerbenden Bürgertume. Infolge dessen litten die öffentlichen Zustände an großen Gebrechen, doch waren dieselben weder unerträglich noch unheilbar, und so kam es zu keiner Revolution, wohl aber zu langsamer und geistlich vollzogener Umgestaltung, zu der hauptsächlich das Eindringen demokratischer Ideen und die Entwicklung der Großindustrie trieben.

Bei jenen demokratischen Ideen handelte es sich um Auflehnung des Individuums gegen die überlieferte Ordnung, mit andern Worten, um Übertragung der politischen Herrschaft von Wenigen auf Viele. Das menschliche Individuum verlangt das Recht, über alle Fragen des Lebens frei zu denken und zu forschen, wobei es sich keiner Autorität beugt und keine Idee für unantastbar hält, sondern nur die Thatfachen, die es selbst beobachtet, anerkennt und sich in Betreff neuer Einrichtungen nur fragt, ob sie seinen eignen Zwecken und Interessen dienen. „Die Idee der freien Persönlichkeit ist den germanischen und romanischen Völkern angeboren. Aber sie war verbunden mit dem Triebe,

sich idealen Zielen opferfreudig hinzugeben und sich mit Genossen in unauf lösslicher Treue zu verbinden. Das mittelalterliche Christentum und der Korporationsgeist des Feudalismus legten dem Freiheitstrieb der Individuen immer engere Schranken auf, bis dieser in der Renaissance wieder erwachte und in beständigen Kämpfen seine Kraft steigerte. . . . Die Lostrennung der Niederlande von Spanien, die 1688 abschließende englische Revolution, die Konstituierung der Republik in Nordamerika und die französische Revolution sind die vier großen Etappen, in denen der kämpfende Freiheitstrieb seinen Siegeslauf durch die Kulturwelt vollzog. Jede dieser Umwälzungen rief eine reinere und extremere Ausbildung der individualistischen Anschauungen hervor. . . . Aber erst spät nach der großen französischen Revolution begann man das dauernd Berechtigte in diesen Anschauungen von dem unberechtigten Einseitigen zu sondern und sie durch die organische Staatslehre zu reinigen und zu reformiren."

Der oben charakterisirte Individualismus wurde zuerst in England zu einer Literatur ausgebildet, die in Locke gipfelte. Von da verbreitete er sich nach Frankreich, wo er sich systematischer, allseitiger und extremer gestaltete, bis Rousseau sein wirksamster Prophet wurde. Der Geist der französischen Literatur wirkte wieder, durch die Ereignisse von 1776 und 1789 begünstigt, stark auf England zurück, und so kam es hier zu einer dritten Entwicklungsphase der individualistischen Ideen, deren charakteristischer Vertreter Bentham ist. Übten die französischen Vorbilder unzweifelhaft Einfluß auf die betreffende englische Literatur, so blieb diese doch in hohem Grade eigentümlich, da der Engländer in der Regel der konsequenten Entwicklung einer abstrakten Theorie von Natur abgeneigt ist und seine Kraft lieber auf einzelne praktische Ziele konzentriert, da er an gewissen nationalen Überlieferungen festhält, und da er die Ehrfurcht vor den Grundlagen des Christentums sich bewahrt hat. Diese Schranken gaben der englischen politischen Literatur des vorigen Jahrhunderts ihren besondern Charakter und verhinderten den Individualismus an den Exzessen, die er in Frankreich hervorrief, und so wurde in England trotz aller Umwälzungen der Ideen und trotz aller Kämpfe der Parteien eine organische Fortbildung der innern Gesetzgebung möglich. „Andererseits entstand dadurch der Nachteil, daß die schablonenhaften Theorien des politischen Individualismus sich wegen ihrer praktischen Ungefährlichkeit um so unangefochtener festsetzen konnten. . . . Während die Gesellschaft vor zerstörenden Erschütterungen bewahrt blieb, ging dem Volke die wahre Staatsidee um so sicherer verloren. . . . Noch heute stehen in England ein verständiger praktischer Konservatismus und eine flache einseitige Auffassung des Staates unvermittelt nebeneinander."

Nach Lockes Ansicht sind der Staat und jede soziale Ordnung im Staate Produkt des vereinigten Willens ursprünglich souveräner Individuen, die bei der Schöpfung dieser Einrichtungen ihr Interesse, die Erhaltung ihres individuellen Eigentums, im Auge hatten. Dem Staate unterwirft man sich wegen der mit

ihm geschaffenen und durch ihn verbürgten Sicherheit, weshalb derselbe nur nach dem Friede und öffentliches Wohl gewährenden Gesetze regieren darf. Überschreitet die Regierung diese Grenze, so wird sie rebellisch, und dann ist der Notfall erlaubter Revolution gegeben; hält dagegen die Staatsgewalt diese Schranke inne, so ist Auflehnung der Unterthanen ein Unrecht. Hiervon aber wird sie schon ihr Interesse abhalten, und so ist die Lehre von der Volkssouveränität ungefährlich. „Die Gewalt, die jedes Individuum der Gesellschaft bei seinem Eintritt in dieselbe übertragen hat,“ sagt Locke, „kann nie zu den Individuen zurückkehren, sondern bleibt, so lange die Gesellschaft besteht, immer bei der Gesamtheit, weil sonst kein Gemeinwesen existiren kann. . . . Indem die Menschen eine gesetzgebende Gewalt mit der Macht, für ewig fortzubestehen, eingeführt haben, haben sie ihre politische Macht auf die gesetzgebende Gewalt übertragen und können sie nicht zurücknehmen. Wenn sie aber der Dauer der gesetzgebenden Gewalt Grenzen gesetzt und einer Person oder Versammlung nur zeitweise die höchste Gewalt gegeben haben, oder wenn diese Macht durch Mißbrauch verwirkt wird, so kehrt nach dem Ablauf der Zeit oder der Verwirkung die Gewalt zur Gesellschaft zurück, und das Volk hat das Recht, als höchste Macht zu handeln.“

Man sieht, Locke will praktisch die ungestörte, nach oben wie nach unten hin geschützte Herrschaft des Gesetzes; aber er irrt, wenn er sich dabei auf die Prinzipien des extremen Individualismus beruft und diesen durch inkonsequente Lehren mäßigen will. „Er mußte,“ so bemerkt Held, „sagen: der Mensch ist ohne staatliche Ordnung undenkbar, die Erhaltung und organische Weiterentwicklung des Staates ist so notwendig wie die Erhaltung des Lebens und der Gesundheit jedes Einzelnen. Im Staatsleben kommen infolge der Unvollkommenheit der menschlichen Dinge gewaltsame Erschütterungen vor; aber diesen muß man vorbeugen, und werden sie doch unvermeidlich, so muß man möglichst rasch den alten normalen Zustand wiederherstellen und dann weiter entwickeln.“ Statt dessen beriefen sich Locke und seine Zeit auf die ursprüngliche Souveränität des Volkes, d. h. aller Individuen im Staate, und wollten die Gefährlichkeit dieser Fiktion durch die andre Fiktion abstumpfen, daß das Volk sich seines Rechtes ein für allemal begeben habe. Die Franzosen strichen die zweite Fiktion. Auch die Nordamerikaner ließen sie fallen, wenn sie in ihrer Unabhängigkeitserklärung von „unveräußerlichen Rechten“ sprachen. In demselben Jahre veröffentlichte Adam Smith sein die individualistische Nationalökonomie begründendes Werk und schrieb Bentham seine erste politische Broschüre. Man begann jetzt aus Lockes sozialem und politischem Individualismus weitere Folgerungen zu ziehen. Derselbe betrachtet nicht nur das Individuum als souveräne Ursache aller Einrichtungen des Zusammenlebens, sondern sieht auch die Lebenszwecke des isolierten Individuums als alleinige Zwecke alles menschlichen Thuns an, und da jene Lebenszwecke unbedingt egoistisch sind und sich vorwiegend auf das physische

Dasein beziehen, so muß sich bei ausschließlicher Beachtung dieser Zwecke ein ethischer Materialismus herausbilden. Der praktische Engländer zog diese Konsequenzen der Souveränität des Individuums in der Regel nicht. Aber um so Vollkommneres leistete er darin, daß er die materiellen Zwecke und Interessen des Individuums zur einzigen Richtschnur bei Untersuchung jeder Frage der Privatmoral und des öffentlichen Wohles nahm. Nicht die Nützlichkeitslehre an sich, sondern daß man das dem isolierten Individuum Nützliche zum Bestimmenden machte, bildet das Wesen des Utilitarianismus, der heutzutage die Engländer beherrscht, dem sich auch die prinzipiellen Gegner der Volkssouveränität unter diesen beugen, und dem selbst der stärkste christliche Sinn keine Schranken zog.

In letztgenannter Beziehung zeigt dies sehr deutlich der Dissenterprediger Joseph Priestley. Der Mensch unterscheidet sich nach ihm von den Tieren durch seine unbeschränkte Fähigkeit zu Vervollkommenung und Fortschritt. Vervollkommenung ist ihm aber identisch mit Vergrößerung der Macht, glücklich zu werden. Das Mittel, durch welches Gott seinen Zweck, die Menschheit zu größerem Glück zu führen, erreichen will, ist Gesellschaft, d. h. Regierung, und so fragt sich, welche Form der Regierung das meiste Glück erzeugt. Der Nutzen und das Glück der Mitglieder jedes Staates sind der Maßstab, nach welchem jede diesen Staat berührende Frage endgiltig entschieden werden muß. Gottes Wille und des Menschen Zweck laufen nur auf wachsendes Glück der Individuen, nicht auf Vervollkommenung der Menschheit im Dienste von Idealen hinaus. Priestley steht insofern auf dem Standpunkte Rousseaus, als er behauptet, durch den Gesellschafts- oder Staatsvertrag gebe man einen Teil der im Naturzustande jedem zukommenden vollen Freiheit gegen einen Anteil an der Macht im Staate auf, und als er das natürliche und unveräußerliche Recht gegenüber jeder wider den eignen Willen auferlegten Herrschaft stark betont. Praktisch ist er nur für mäßige Reform der englischen Verfassung. Dagegen gerät er mit seinen Gedanken über Volkssouveränität und Verantwortlichkeit der Staatsdiener, inklusive des Königs, in sehr extreme Lehren. „Die Republik mit gleichen Rechten aller ist das Ursprüngliche und lebt auf, sowie die jeweilige Regierung pflichtwidrig handelt. Die Revolution ist erlaubt, wenn ihre schlimmen Wirkungen weniger schlimm sind als die bekämpften Zustände.“ Die Staatsgewalt muß eine möglichst geringe Ausdehnung haben, Erziehung und Bildung sollen Privatsache bleiben, namentlich aber soll der Staat sich nicht um Religionsfachen kümmern.

Ganz ähnlichen Anschauungen wie Priestley huldigte sein Freund Richard Price; nur war er schärfer und konsequenter, und prüfen wir seine ethischen Anschauungen, so stellt sich heraus, daß er noch mehr als jener die natürliche Tendenz hatte, alle Fragen nach der berechenbaren Nützlichkeit für das Individuum zu beurteilen. Näheres über ihn findet man S. 71 bis 76 des Heldschen

Werkes. Auch über William Paley können wir uns kurz fassen. „Er hat,“ sagt unsre Schrift über ihn, „den ethischen Materialismus der Utilitätslehre mit den Lehren und Bestrebungen der Staatskirche innig verbunden. . . . Durch seine Lebensstellung sowie durch seine ganze Lebensweise und Lehre war er ein Vertreter alles dessen, was die nüchterne respectability des Engländers verlangt. Er gab den Prinzipien der Utilitarier den kirchlichen Segen. Daß er, obwohl kein origineller Denker, ein allgemein beliebter und anerkannter Schriftsteller werden konnte, und daß ihn namentlich auch die alten Konservativen als Autorität verehrten, beweist vielleicht am deutlichsten, daß und wie die Weltanschauung eines rationalistisch-materialistischen Individualismus in England zum Siege gelangt war.“ Es fehlt ihm, wie Held urteilt, „keineswegs an praktischer Einsicht, und er erkennt bei einzelnen Fragen ohne Voreingenommenheit das wirklich Nützliche oft sehr richtig. Der Fehler ist bei ihm nur der, daß er die Nützlichkeit zum ausschließlichen obersten Prinzip aller Moral und Politik erhebt, weil dadurch die Grundbestimmungen aller Moral und Politik, ja der Staat selbst zu einer Frage der individuellen Willkür werden, weil dadurch engherzig egoistische, materialistische Rücksichten die einzigen leitenden Beweggründe werden und nirgends mehr eine wirklich zusammenhaltende und belebende Kraft und eine feste, unwegräumbare Schranke gegen oppositionelle Willkür besteht.“

Interessanter ist William Godwin, der wie Priestley Dissenterprediger war, und der einen abstrakten Doktrinarismus entwickelt, wie er stärker in England kaum jemals vorgekommen sein wird. Er schwelgt förmlich im Ausmalen der von ihm geglaubten Wahrheit, verachtet alle Untersuchung historischer Entwicklungen und betrachtet es als Pflicht aller Menschen, die auf abstraktem Wege gefundene Wahrheit auszusprechen, welche dann durch die Macht, die ihr innewohnt, unfehlbar siegen muß. Nach Godwin ist die Gesellschaft nur eine Summe von Individuen, die Gesamtheit kein Wesen für sich, Vaterlandsliebe als solche eine Illusion, das Glück der Gesamtheit als eines von den Einzelnen unterschiedenen Existirenden eine Chimäre. Es giebt nur Individuen und ihr Glück. Ruhm der Nation, Ausdehnung des Landes sind purer Schwindel. Das Glück aller ist das Interesse aller Einzelnen, und das einzige gerechtfertigte Ziel politischer Einrichtungen der Vorteil der Individuen. Deutlicher als irgend ein anderer Schriftsteller spricht Godwin den Gegensatz zu der organischen Staatsanschauung aus, die den Einzelnen als dienendes Glied des Staates, den Staat als Phase in der Entwicklung der höheren Zielen zustrebenden Menschheit auffaßt. Aus diesem extremen Individualismus folgt zunächst, daß jeder Einzelne der Staatsgewalt Widerstand zu leisten berechtigt ist, wenn diese nach seinem individuellen Urteil Ungerechtes verlangt. Daraus entsteht keine unerträgliche Unordnung; denn die Staatsgewalt soll eigentlich fast nichts zu befehlen haben. Alle Regierung ist ein Übel, daher muß die Staatsgewalt möglichst schwach und

beschränkt sein. Da dieselbe nur das allgemeine Wohl in gewissen Nothfällen, wie bei einem Angriffe von außen und gegen das Auftreten von Dieben und Räubern, zu wahren hat, so soll jedes Mitglied der Gesamtheit an der Staatsgewalt beteiligt sein, was in die Praxis übersetzt besagen will, daß jede Monarchie oder Aristokratie zu verwerfen ist. So lesen wir bei Godwin: „Jeder König ist in Folge unabwieslicher Nothwendigkeit ein Feind der Menschheit. Monarchie ist eine unnatürliche Einrichtung. Es giebt keine wichtigen Funktionen allgemeiner Oberaufsicht, die man richtigerweise einem einzelnen Individuum anvertrauen könnte. Der Name König ist das Grab der menschlichen Tugend, ein Monument des Wahnsinns, der Feigheit und des Elends der Menschheit“; auch jede Aristokratie, d. h. jede „erbliche hervorragende Stellung ist eine Beleidigung der Vernunft und Gerechtigkeit, denn es ist ein wichtiges Prinzip der Gerechtigkeit, daß jedermann nur in Folge seines persönlichen Verdienstes ausgezeichnet werden kann.“ Dagegen ist Demokratie das einzig Wahre, da hier jedes Glied der Gesellschaft als ein Mensch und als nichts mehr betrachtet wird. Selbst mit den Fehlern, die man der Demokratie vorwirft, mit ihrer Unbeständigkeit und ihrem allgemeinen Mißtrauen ist sie besser als die Monarchie und die Aristokratie, und diese Fehler sind nur Folgen des Verderbs der Menschheit durch die Fürsten und Aristokraten, sie werden mit der Verbreitung der Wahrheit verschwinden. Nun giebt es aber auch in der Demokratie Einrichtungen, die dem Einzelnen Zwang auferlegen, z. B. Unterwerfung der Minorität unter die Majorität, die Disziplin des Heeres, die ausübende Gewalt, Steuern und Gesetze, besonders Verfassungen, aber diese Dinge sind theils jetzt schon unnötig, theils werden sie verschwinden, wenn die Menschheit durch Demokratie und Wahrheit vollkommener geworden ist. Einen Staatsvertrag, wie ihn Locke und Rousseau annehmen, giebt es nicht, weil die Individuen durch nichts gebunden sein dürfen. Eine gesetzgebende Gewalt ist unnötig, denn Vernunft soll die alleinige Gesetzgeberin sein. Ebenfowenig bedarf es einer selbständigen Exekutive, die in gewissen Fällen ohne den Willen der Volksvertretung handelt. Ehe alle Menschen durch die Wahrheit glücklich geworden sind, werden Verteidigungskriege vorkommen, aber deshalb braucht man weder ein stehendes Heer noch eine in Friedenszeiten geübte Miliz; denn die Begeisterung für die Freiheit besiegt Veteranenheere, die nicht wissen, wofür sie kämpfen. Selbst der Obergeneral bedarf keiner militärischen Erfahrung; es genügt „die allgemeine Macht eines gebildeten Geistes.“ Luxusgesetze, Schutzzölle, Preßgesetze sind höchst verwerfliche Eingriffe in die individuelle Freiheit. „Das Ideal der (Godwinschen) Demokratie ist, daß lauter selbständige kleine Kirchspiele oder Kommunen nebeneinander bestehen, die gelegentlich, z. B. im Fall eines Angriffs von außen, zu loser Konföderation zusammentreten, und deren Abgeordnete ebenso wie die Suries in den einzelnen Gemeinden nicht zu befehlen brauchen, sondern sich mit der »Einladung,« der Vernunft zu folgen, begnügen können. Als letztes Ziel

der Entwicklung aber gilt Godwin ein Zustand, wo alle Ordnung beseitigt und die Gesellschaft in lauter selbständige Einzelne aufgelöst ist, die keine äußere zwingende Gewalt zusammenhält.“ Dieser utopische Individualismus, der schließlich auch mit Kommunismus verbunden wird, indem Godwin behauptet, jeder müsse von dem eignen Besitze dem Nachbar abgeben, was dieser nötiger habe als er selbst, hat durchweg die Voraussetzung zur Basis, daß alle Menschen gleich angelegt sind, und daß es nur darauf ankommt, jedem die Lehren der Wahrheit zu vermitteln. Insofern aber beruhen die kindischen Folgerungen in sozialer und politischer Beziehung, die wir nach Held anführten, ungefähr auf derselben Grundlage wie die Manchesterdoktrin mit ihrem staatsfeindlichen *laissez faire*. Das Verlangen nach Nichteinmischung des Staates in das wirtschaftliche Leben würde eine Inhumanität, eine Brutalität sein, wenn es sich nicht auf die Annahme gründete, daß alle Menschen von gleichem wirtschaftlichen Sinne, gleichem Fleiße, gleicher Sparsamkeit und gleicher Lebensklugheit, oder doch zu gleicher Vollkommenheit in diesen Eigenschaften durch Appell an ihre Vernunft zu bringen seien. Das ist aber noch unbewiesen und wird nie bewiesen werden.

„England hat,“ sagt Held, „bei Beginn der Neuzeit keine Revolution ähnlich der großen französischen erlebt. Aber Godwins Schriften zeigen, in welchem extremen Maße die gleichen Ideen, welche die letztere beherrschten, auch in England Eingang fanden. Es läßt sich ein extremerer Individualismus und ein selbstgenügsamerer Nationalismus als der von Godwin nicht denken. . . . Sein Buch *Political Justice* ist in vielen seiner Teile eine Karikatur, aber eine lehrreiche Karikatur des Zeitgeistes in seiner englischen utilitarischen Färbung.“

In Betreff Thomas Spences, den Held nun charakterisiert, müssen wir wieder auf das Werk des letztern selbst (S. 110 bis 114) verweisen und uns damit begnügen, zu sagen, daß er unter den radikalen Agitatoren eine nicht bedeutende, aber eigentümliche Rolle als bewußter und einseitiger Vertreter einer Art von agrarischem Kommunismus spielt. Dagegen müssen wir uns mit Thomas Paine wieder etwas eingehender beschäftigen. Derselbe war ein Engländer, der 1774 nach Amerika auswanderte, wo er als Schriftsteller der wirksamste Vorkämpfer der Lostrennung von England und der Einführung der Republik wurde. Nach Begründung der amerikanischen Freiheit ging er nach Frankreich, wo er die Revolution mit durchlebte, und dann nach England, wo er für deren Grundsätze Propaganda machte. Autodidakt und ohne wissenschaftliche Schulung, besaß er gesunden Menschenverstand in hohem Maße, und so roh er war, hatte er doch etwas Geniales. Er ergriff die Ideen des Individualismus mit Feuereifer und wußte sie mit größter Eindringlichkeit, einfach und doch erschöpfend, klar und niemals langweilig darzustellen.

Paine schwärmt für die demokratische Republik und verlangt in dieser das allgemeine Wahlrecht. Es giebt nach ihm nur zwei Verfassungsformen, die

Regierung durch Wahl und Volksvertretung und die Regierung durch Erbfolge. Die Revolutionen der Neuzeit verlangen Repräsentativregierung, d. h. demokratische Republik im Gegensatz zur Monarchie, und dieses Verlangen ist berechtigt; „denn es giebt im Euklid kein Problem, das mathematisch richtiger wäre als der Satz, daß die erbliche Monarchie kein Recht zu existiren hat.“ „Da es,“ sagt Paine, „unmöglich ist, den Ursprung von Rechten anderswo als in dem Ursprunge des Menschen aufzufinden, so folgt, daß die Rechte dem Menschen nur als Recht seines Daseins gehören und deshalb für jeden Menschen gleich sein müssen. . . . Im Naturzustande sind alle gleich an Rechten, aber nicht an Gewalt. Die bürgerliche Gesellschaft hat den Zweck, eine Gleichmäßigkeit der Gewalt herzustellen, welche der Gleichheit der Rechte entsprechen und dieselbe verbürgen soll. Die Gesetze eines Landes dienen, wenn sie gehörig abgefaßt sind, diesem Zwecke. Jedermann bedient sich des Armes des Gesetzes, weil er wirksamer als sein eigener ist, und daher hat jedermann gleiche Befugnis zur Bildung der Gesetze, nach denen er regiert und beurteilt werden soll. In ausgedehnten Ländern kann dieses Recht des Einzelnen nur durch Übertragung ausgeübt werden, und daraus entsteht die Einrichtung der Repräsentativregierung. . . . Die Menschen besitzen ihre Rechte nicht als Bewilligung von einander, sondern jeder als Recht seiner selbst. Die Gesellschaft ist der Hüter, aber nicht der Geber. Die Art und Weise dagegen, nach welcher die verschiedenen Regierungsabteilungen zusammengesetzt werden sollen, ist Sache der Meinung. . . . In allen Meinungsangelegenheiten verlangt der Gesellschaftsvertrag oder das Prinzip, nach welchem die Gesamtheit zusammengehalten wird, daß die Majorität der Meinungen Regel für das Ganze wird, und daß die Minorität derselben praktischen Gehorsam leistet.“ Dies zeigt deutlich, daß Paine, von den angeborenen gleichen Menschenrechten, von einem Urzustande und Staatsvertrag ausgehend, zum Postulat der demokratischen Republik und zur Souveränität der Mehrheit gelangt.

Schon in seinen ersten Schriften, dem „Gesunden Menschenverstand“ und der „Krisis,“ noch mehr in den späteren begegnen wir einer leicht manchesterlichen Färbung seiner demokratisch-republikanischen Postulate. Da ihm ein entwickelter Sinn für soziale Klassengegensätze mangelt, und da ihm die Unterschiede zwischen Reich und Arm im Vergleich mit dem Unterschied zwischen Fürst und Unterthan, Plebejern und Aristokraten nicht viel bedeuten, so trifft man bei ihm viele Behauptungen, die später Cobden hätte zitiren können. In der Stelle: „Da Sicherheit der wahre Zweck eines Staates ist, so folgt, daß jede Form desselben, die sie uns am wahrscheinlichsten mit den geringsten Kosten und dem größten Nutzen verbürgt, allen andern vorzuziehen ist,“ hören wir einen deutlichen Anklang an die manchesterliche Idee, daß der Staat eine Assekuranzgesellschaft mit möglichst billigen Prämien sein soll. Das Handelsinteresse erscheint ihm als Hauptgrund für die Emanzipation Amerikas, Neigung zum Kriege eine

besonders schlimme Seite der Monarchie. „Die öffentliche Wohlfahrt,“ sagt Paine im „Gesunden Menschenverstand,“ „ist Zweck der Regierung einer Republik. . . . Dieser Ausdruck hat keine dem Wohle der Einzelnen feindliche Bedeutung, sondern umfaßt im Gegenteil das Wohl eines jeden Individuums. Die öffentliche Wohlfahrt ist das Wohl Aller, weil sie das Wohl jedes Einzelnen ist; denn wie der Staatskörper alle Einzelnen in sich begreift, so umfaßt er auch das öffentliche Wohl, das Wohl aller seiner einzelnen Teile.“

In der „Krisis“ kommen Stellen, die den künftigen Weltfrieden als Folge der Republik preisen und die Unabhängigkeit des Geldvorteils halber fordern, häufiger vor. So wird hier die Unabhängigkeit verlangt, weil sie den Frieden, Handelsfreiheit und freien Besitz von Ländereien wenigstens für einen Weltteil verbürgt. So ruft der Verfasser den Engländern zu: „Es kann euch gleichgültig sein, wer Amerika regiert, wenn eure Manufakturwaaren dort nur Absatz finden“ — „Worte,“ sagt Held, „die fast gleichlautend sind mit denjenigen, die später Cobden über Indien aussprach.“ An einer andern Stelle äußert sich Paine über die Kosten des Krieges ganz ähnlich wie der Prophet des Manchesterturns: „Indem ihr auf Siegestöne horchet und durch unsinnige Waffenfreude geleitet wurdet, vernachlässigtet ihr es, die Kosten des Krieges zu bedenken.“ Wieder anderswo eifert er gegen Kriege, deren Ursache die unrichtig verstandene Nationalehre ist, indem er sagt, seine Liebe sei der ganzen Welt geweiht. Da er aber einer eminent praktischen Bewegung, dem berechtigten Streben der Amerikaner nach Unabhängigkeit, dient, so geht sein staatsmännischer Sinn in kosmopolitischen Schwächen nicht unter, was sich namentlich in seinem Eifer für die Stärke des Bundesstaats gegenüber den Einzelstaaten zeigt. Die an sich staatsfeindlichen Lehren von den angeborenen Menschenrechten, der Volkssouveränität und dem Gesellschaftsvertrag, die überall durchklingen, werden daher von ihm insofern eingeschränkt, als der Staat selbst und seine prinzipiellen Ordnungen als über dem Belieben der Individuen stehend aufgefaßt werden.

In den „Menschenrechten“ Paines finden sich diese Spuren staatsmännischer Einsicht nicht mehr. Die Tendenz, die Monarchie als Quelle aller Übel, die Republik als Ursache alles Guten darzustellen, wirkt in ihrer Übertreibung ermüdend. Von einer historischen Entwicklung staatlicher Einrichtungen weiß er nichts. Die manchesterlichen Ideen treten noch häufiger auf als in der „Krisis.“ Sehr stark macht sich der Gedanke einer Einschränkung der Befugnisse der Regierung geltend. Es heißt da: „Die Gesellschaft thut für sich selbst fast alles, was der Regierung zugeschrieben wird; die letztere ist nicht weiter notwendig als zur Ergänzung bei den wenigen Fällen, wo Gesellschaft und Zivilisation nicht bequem ausreichen. Je weiter die Zivilisation vorgeschritten ist, desto weniger bedarf sie einer Regierung. Die Regierung ist nichts weiter als eine nationale Verbindung, welche nach den Grundsätzen der Gesellschaft handelt.“ Der Krieg muß auf ewig verbannt werden. Das „friedliche System des Handels wird

eine Verbrüderung der Menschen anbahnen . . . Das wirksamste Verfahren ist das, die Lage des Menschen durch Beförderung seines Interesses zu verbessern. Wäre dem Handel gestattet, in der allgemeinen Ausdehnung, deren er fähig ist, wirksam zu sein, so würde er das Kriegssystem vertilgen und eine Revolution in dem unzivilisierten Zustande der Regierungen erzeugen" — „eine Stelle," bemerkt Held, „welche die Festredner im Cobden-Klub hätten zitieren können." Ganz im Geiste solcher manchesterlich kosmopolitischen Friedensliebe sagt Paine in seiner zuletzt zitierten Schrift: „Jedermann wünscht seinem Geschäfte nachzugehen, die Früchte seiner Arbeit und den Ertrag seines Eigentums in Frieden und Sicherheit und mit den geringsten Ausgaben zu genießen. Wenn das erreicht ist, dann ist allen Zwecken, für welche eine Regierung eingesetzt werden sollte, entsprochen." Für die Masse des Volkes, namentlich die Armen, hat Paine ein warmes Gefühl, aber die Feinde des Volkes sind bei ihm nie die Kapitalisten, sondern der Monarch, die Beamten, die Adlichen und die Vertreter der Staatskirche. Eine Progressivsteuer, die an extrem sozialistische Programme erinnert, soll den Armen aufhelfen und „den übergroßen Einfluß ausräumen, der aus dem unnatürlichen Gesetze der Erstgeburt entspringt," womit die durch Primogenitur konzentrierten Vermögen der englischen Aristokratie gemeint sind. In einer andern Schrift Paines, der „Agrarischen Gerechtigkeit," wird ausgeführt, daß Gott weder Arme noch Reiche geschaffen habe, daß die Armut ein Produkt der Zivilisation sei, und daß jeder Mensch Anspruch auf einen gleichen Teil des von der Natur geschaffenen Wertes des Bodens habe, und daraus gefolgert, daß jeder Grundbesitzer einen Grundzins zahlen sollte, der zum Besten der Armen verwendet werden könnte. Praktisch wird aber eine allgemeine starke Erbschaftsteuer vorgeschlagen.

„Paine hat," so schließt Held sein Kapitel über diesen Schriftsteller, „einer Anzahl von Engländern die durch die amerikanische Sezession belebte Sympathie mit radikal individualistischen Freiheits- und Gleichheitsideen erhalten und dieselben zur Sympathie mit der französischen Revolution und der Republik und zur prinzipiellen Feindschaft gegen die Kriegspolitik der Tories gesteigert. Er hat ferner wesentlich dazu beigetragen, bei Besitzenden wie bei Arbeitern die Auffassung zu verbreiten, daß der Staat nur ein Diener wirtschaftlicher Interessen sei, aber keinem dieser beiden Stände ein mit Leidenschaft empfundenes Bewußtsein seiner Sonderinteressen eingeflößt. Alles zusammen genommen dient er, trotz vereinzelter Anklänge an extremen Sozialismus, dem politischen Radikalismus des vorerst noch als einheitlich (nicht als in Mittelklasse und Proletariat gespalten) gedachten dritten Standes."

